

Oktober 2022 / Xhemile Asani

Kurzbericht zur Zürcher Migrationskonferenz vom 15. September 2022

Wie gewohnt, so integriert. Daten, Herausforderungen und Perspektiven rund um das Zusammenspiel von Wohnen und Integration

An der von der Fachorganisation AÖZ und der Integrationsförderung der Stadt Zürich organisierten Zürcher Migrationskonferenz 2022 nahmen rund 180 Personen teil. Sie wurden von Stadtrat Raphael Golta begrüsst und in das Thema eingeführt. Dies unter anderem mit Bezug auf die kürzlich vom Stadtrat verabschiedeten integrationspolitischen Ziele für die Jahre 2022-2026. Die von Rebekka Salm moderierte Tagung gliederte sich in zwei Teile. In der ersten Hälfte ging es um die ganze Bevölkerung der Stadt, in der zweiten wurde auf den Flüchtlingsbereich fokussiert.

Wohnfläche, Genossenschaftswohnungen und räumliche Segregation

Urs Rey von Statistik Zürich präsentierte verschiedene Daten und Auswertungen zum Wohnen in der Stadt Zürich. Er fokussierte dabei auf Personen, die im Ausland geboren sind und seit höchstens zehn Jahren in Zürich wohnen. Sie machen gut einen Viertel der Stadtbevölkerung aus und haben mit durchschnittlich 35 m² weniger Wohnfläche zur Verfügung als der städtische Durchschnitt mit 40 m². Je nach Geburtsland fallen die Unterschiede grösser aus: durchschnittlich am wenigsten Wohnfläche haben Personen aus den Regionen Subsahara, Nordafrika/Mittelost, Westbalkan und Süd- und Ostasien, am meisten diejenigen aus deutschsprachigen Ländern und aus Nordwesteuropa. Ohne Berücksichtigung der 6'700 Personen in Einzelzimmern leben insgesamt rund 13'400 im Ausland geborene Personen auf weniger als 20 m² pro Person.

21 Prozent der Stadtbevölkerung leben in einer Genossenschaftswohnung und weitere 8 Prozent in einer städtischen Liegenschaft. Bei den im Ausland Geborenen sind diese Anteile wesentlich tiefer, allerdings mit deutlichen Unterschieden. So entsprechen die Anteile der in der Türkei oder im Westbalkan Geborenen in den Genossenschaftswohnungen dem städtischen Durchschnitt, und Personen aus den Regionen Subsahara oder Nordafrika/Mittelost sind in den städtischen Wohnungen «übervertreten». Relativ ausgeglichen ist die räumliche Verteilung in der Stadt Zürich. Die räumliche Segregation ist nicht stark und nimmt seit 2003 leicht ab. Dies insbesondere bei Personen aus Südeuropa. Am höchsten ist die Segregation bei Personen aus dem Westbalkan und der Türkei und eine erhöhte Konzentration bestimmter Herkunftsländer gibt es nur in Zürich-Nord und Altstetten, in welchen insbesondere Personen aus Süd- und Ostasien relativ zahlreich sind.

Erschwerte, aber mögliche Integration

In ihren Kurzbeiträgen und im Rahmen eines Podiumsgesprächs wiesen Nadine Felix von der Stiftung Domicil und Marie Glaser vom Bundesamt für Wohnungswesen vor allem auf das knappe Angebot an günstigem Wohnraum in Zürich hin. Besonders betroffen seien Personen eritreischer, syrischer, somalischer, schweizerischer und afghanischer Nationalität. Die durch hohe und weiter steigende Nebenkosten zusätzlich belastete finanzielle Situation führe oft dazu, dass die Teilnahme am sozialen Leben erschwert ist. Stefan Widmer vom Gemeinschaftszentrum Grünau stellte fest, dass Integration auch dann stattfindet, wenn nur ungenügend guter Wohnraum vorhanden sei. Dies zeige das Quartier Grünau. Eine sozial aufgeschlossene Nachbarschaft, in Gehdistanz vorhandene Begegnungsräume und Partizipationsmöglichkeiten ermöglichen vieles. Diese sind ebenso zu fördern wie Wohnräume in ausreichender Qualität.

Fotografische Einblicke

Nachdem die Pause der Konferenz Gelegenheit bot, sich mit Vasyl Zoria und Sayed Qasem Hashimi über ihre Erfahrungen in Asylunterkünften auszutauschen, zeigte und kommentierte der Künstler und Fotograf Jules Spinatsch im Rahmen seiner Carte Blanche fotografische Eindrücke aus dem Bundesasylzentrum, einem kantonalen Durchgangszentrum und einer temporären Wohnsiedlung in der Stadt Zürich. Sein Fotoessai findet sich auch im Geschäftsbericht 2021 der AOZ.

Nur Unterbringung oder besser einfaches Wohnen?

Christoph Müller vom «baubüro in situ» unterschied in seinem Referat zwischen den Typologien «Unterbringung» und «einfaches Wohnen». Er verwies darauf, dass auch in Zürich viele Geflüchtete in Asylzentren oder in temporären Wohnsiedlungen untergebracht sind, die meist modular aus Containern gebaut sind. Sie sind Ausdruck einer kurzfristigen Strategie, bleiben spürbar provisorisch, bieten wenig Privatheit und führen zu Formen von «Ghettoisierungen». Demgegenüber bietet das einfache und damit günstige Wohnen höhere Qualität, Langfristigkeit und mehr soziale Durchmischung. Er plädiert für einen Fokuswechsel, der auch Geflüchteten einfaches Wohnen ermöglicht, der breit gedacht entwickelt werden muss und der verschiedene Perspektiven bietet. Wichtig dabei wären Kooperationen mit Eigentümer*innen und gemeinnützigen Bauträgern.

Das Potenzial von Gastfamilien in der Aufnahme und Integration von Geflüchteten

Gina Balsiger, unter anderen Stiftungsrätin Studentisches Wohnen Zürich, wies in ihrem Beitrag darauf hin, dass in der Schweiz die private Unterbringung Geflüchteter eine gewisse Tradition hat, mit den aus der Ukraine Geflüchteten aber eine neue Dimension erreichte. In kurzer Zeit registrierten sich rund 60'000 Gastfamilien: warum wurden nur an 10 Prozent von ihnen Geflüchtete vermittelt? Aufgrund anderer Vermittlungskanäle sind dennoch rund zwei Drittel der aus der Ukraine Geflüchteten in Gastfamilien untergebracht. Diese fühlen sich jedoch vielfach vom «institutionellen System» im Stich gelassen – es fehlen klärende Informationen sowie personelle und finanzielle Ressourcen.

Dennoch scheinen die Gastfamilien-Verhältnisse deutlich stabiler zu sein als vor den Sommerferien befürchtet. Es zeigt sich, dass die private Unterbringung von Geflüchteten zwar anspruchsvoll ist, aber bei deutlich geringeren Kosten viel Potenzial für die (temporäre) Integration bietet: es wird gegenseitig gelernt. Dieses nicht ausgeschöpfte Potenzial gelte es im Asyl- und Flüchtlingsbereich trotz der geringen Berechenbarkeit und den zeitlichen Begrenztheiten zukünftig stärker zu nutzen. Dazu sollte der Bund ein professionelles Gastfamilienmanagement konzipieren und finanzieren und die kantonalen Integrationsstellen als zuständig bezeichnen. Denkbar wäre zudem, in Zeiten stark erhöhter Zuwanderung von Geflüchteten temporär krisenerprobte Fachkräfte aus Drittstaaten einzusetzen.

Der Staat ist verantwortlich

Im Schlussgespräch mit der Moderatorin Rebekka Salm bestätigte der Vorsteher des Sozialdepartements, Stadtrat Raphael Golta, dass Gastfamilien im Flüchtlingsbereich Potenzial bieten. Er wies aber darauf hin, dass der Staat das Menschenrecht auf Schutz vor Verfolgung gewähren muss. Er ist verantwortlich und darf die Erfüllung dieser Aufgabe nicht davon abhängig machen, ob die Bevölkerung gerade etwas mehr oder etwas weniger solidarisch ist. Auch müssten Missbrauchsrisiken minimiert und gewisse administrative Wege eingehalten werden: für die Stadt Zürich ist es ein Problem, wenn sie hier wohnende Geflüchtete nicht kennt und keinen Kontakt zu ihnen herstellen kann. Mit Bezug auf die temporären Wohnsiedlungen in der Stadt Zürich informiert Stadtrat Golta, dass diese auf strategischen Landreserven stehen, die im Hinblick auf zukünftig notwendige Infrastrukturen wie Schulhäuser freigehalten werden und deshalb nur temporär genutzt werden können. Da freie Landflächen in Zürich sehr rar sind, sollte im Thema Wohnen der Blick generell über die Stadtgrenzen hinausgehen.